

Kalt zuhause statt heißer Herbst

Heiz- und Energiekosten steigen 2021 massiv an und treiben die Inflation in die Höhe. Bei Lohnverhandlungen ist das trotzdem kein Thema. Mieter*innen werden durch die "ökosoziale Steuerreform" doppelt geschröpft. Was sind die Gründe für die Energiepreis-Krise? Wer macht trotzdem daraus Profit? Welche langfristigen Lösungen brauchen wir?

Seite 2

Berlin: Streik im Krankenhaus

Schon lange vor der Corona war vielen Beschäftigten im Gesundheitsbereich klar, dass sie ihre Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen kaum durchführen können. Beschäftigte von Deutschlands größtem Lehrkrankenhaus Charité und bei Vivantes starteten eine Bewegung für Verbesserungen. Und erreichten einiges.

Seite 12

Schwerpunkt

Im Zusammenhang mit Klassenkämpfen fällt der Begriff „Arbeiter*innenklasse“. Existiert diese noch, wer gehört dazu und welche Rolle spielt sie in der heutigen Gesellschaft?

Seiten 7-10



ISA **VORWÄRTS** SLP

INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 298
12.21 / 01.22

Klassenkampf statt Regierungs-Chaos!

Der jüngste Lockdown zeigt das ganze Versagen der Regierung. Ihre Orientierung auf kurzfristige Profitinteressen ihrer Geldgeber*innen (Stichwort: Wintersaison) verhindert den effektiven Kampf gegen die Pandemie. Es fehlt an bevölkerungsnaher Impfkampagne, Maßnahmen am Arbeitsplatz, sinnvoller Planung für Schulen und Ausbau der Test- und Spitalskapazitäten.

Skandalös ist der Umgang mit den beklatschten "Held*innen" in systemrelevanten Berufen. Nach 2 Jahren Pandemie gibt es nicht nur keine

der Banken, Bosse und Skiliftbetreiber*innen.

Die Basis dafür liefern die zehntausenden Kolleg*innen aus Kinderbetreuung, Pflege, Metallindustrie oder dem Handel, die vor kurzem protestiert und gestreikt haben. Die gesamte Pandemie hat gezeigt, dass Beschäftigte die Gesellschaft am Laufen halten - ihre Aktionen können wirklich etwas verändern. Ein gemeinsamer Streik von Beschäftigten in Kindergärten und Gesundheits- und Sozialbereich könnte schnell mehr Geld und mehr Personal erkämpfen. Leider haben die



Für eine sozialistische Alternative zu Regierung, Chaos und rechter Hetze!

Verbesserungen. Im gerade beschlossenen Budget wird bei Gesundheit und Sozialem sogar gekürzt. Den Regierenden ist die Bevölkerung egal, solange die Wirtschaft läuft. Wir brauchen eine politische Alternative zu dieser Regierung

Gewerkschaften bis jetzt den notwendigen Widerstand nicht organisiert - nur eine Organisation an der Basis kann sie dazu zwingen, in die Offensive zu kommen. Die organisierte Arbeiter*innenklasse ist auch der beste Garant für einen Gesundheits-

schutz im Interesse der Mehrheit: In Betrieben kann darüber diskutiert werden, wie sicher gearbeitet werden kann, aber auch warum eine Impfung allen Kolleg*innen nützt. Ein erster Schritt wären Betriebsrät*innen- und Aktivenkonferenzen, die einen Plan zum Ge-

sundheitsschutz für alle erstellen. Die Organisation von Arbeiter*innen und Jugendlichen ist nicht nur der einzige Weg aus diesem Corona-Chaos, um die Rechten zurückzudrängen und um Verbesserungen zu erkämpfen, sondern auch die einzige Basis im Kampf um eine ganz andere Politik und eine ganz andere Gesellschaft.

Christoph Glaninger

Wir fordern:

- Corona-Maßnahmen kontrolliert durch Gewerkschaft, Betriebsräte & aktive Beschäftigte
- Widerstand bis hin zu Streiks im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich
- Eine neue Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche

Der Standpunkt

Von Sonja Grusch Seit Beginn der Corona-Pandemie lautet die Erzählung der Regierung: Mit der Impfung ist alles gelöst. Der Grund: Die Verantwortung für ein gesellschaftliches Problem aufs Individuum abzuwälzen und beim Gesundheitswesen zu sparen. Eine hohe Impfquote ist wichtig, reicht aber nicht.

Auf das katastrophale Scheitern macht die Regierung eine pseudo-radikale Kehrtwende und kündigt eine "Impfpflicht" an. Diese ist wieder vor allem Ankündigungs-PR und wird nichts lösen. Skeptiker*innen werden so nicht überzeugt, sondern weiter radikalisiert und für die 4. Welle kommt ohnehin alles zu spät. Eine Verwaltungsstrafe soll nun das Problem lösen? Ich wette hoch, das wird nicht funktionieren und ist v.a. ein Geschenk an die extreme Rechte!

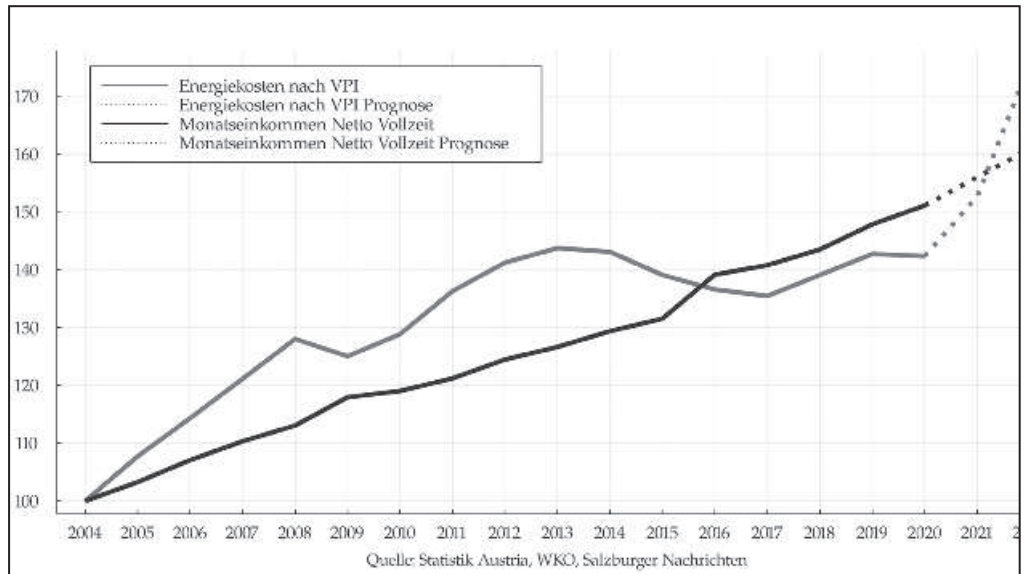
Bleibt also die Frage: WIE kann Corona in den Griff bekommen werden? Ausfinanzierung des Gesundheits-

Für eine Impfkampagne von unten

wesens, flächendeckende und kostenlose PCR-Testmöglichkeiten durch staatliche Profis und nicht private Stümper gehören dazu. Aber v.a. braucht es eine Impfkampagne von unten. Die Regierung ist nicht primär unfähig, sondern unwillig! Eine echte Impfkampagne kann Raten bis 99% erreichen, wie ein kanadisches Beispiel zeigt, wo in einem Arbeiter*innenbezirk die lokale Bevölkerung und hunderte Vereine die Kampagne trugen. Aufklärung durch Betriebsstrukturen, Nachbarschaftsvereine, Kolleg*innen und Gesundheitspersonal kann Fake-News zurückdrängen. Eine verstaatlichte Impfstoffproduktion unter demokratischer Kontrolle nimmt die Angst vor der Pharmaindustrie. Lasst die echten Expert*innen die Pläne erstellen, die Wissenschaftler*innen und v.a. die Beschäftigten vor Ort, in den Spitälern, Schulen und Öffis. Sie wissen, was es braucht und wie auf Sicherheit umgestellt werden kann. Nicht finanzierbar? Doch, wenn Gesundheit im Zentrum steht – was allerdings mit der kapitalistischen Profitlogik unvereinbar ist.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Kalt zuhause statt heißer Herbst

Heizen wird deutlich teurer. Im Vergleich zum Vorjahr sind Preise (Großhandel) für Erdgas um bis zu 500% gestiegen, für Erdöl

Jahren nicht mehr in staatlicher Hand. Damit zog sich der Staat auch aus der Verantwortung von Bau und Wartung von Infrastruk-

am unteren Ende der Vertragsbedingungen, um den Druck auf die schnellstmögliche Eröffnung der Pipeline Nordstream 2 zu erhöhen.

3% mehr Lohn heizen bei steigenden Energiekosten, Inflation und Steuerreformen niemandem ein

bis zu 80% und für Strom um 85%. Heizkosten sind Haupttreiber der Inflation (Mikrowarenkorb +6.8%). In Ost-Österreich wurden als erster Schritt die Stromkosten (Kund*innen) um ca. 10€ / Monat angehoben, weitere bei allen Anbietern werden folgen.

Das ist die Folge von jahrzehntelanger Privatisierung und Marktorientierung. Die OMV ist seit mehr als 20

tur und Gewährleistung von Versorgung in diesem Bereich zurückzuziehen – "der Markt wird's schon richten". Aktuelle Blackout-Warnung haben hier ihre Wurzel!

Anzeichen für kommende Teuerungen gab es im Oktober genug. Die Rohstoffpreise steigen, es gibt Lieferschwierigkeiten und dazu noch politische Unruhen. Z.B. liefert Gazprom

Dennoch stellte die Regierung die (weder öko noch soziale) Steuerreform vor. Haushalte sollen je nach CO₂-Verbrauch eine Lenkungssteuer zahlen. In Österreich leben 45% in Mietwohnungen, die nur schwer oder gar nicht auf andere Heizformen umsteigen können (preislich, anbindungstechnisch oder mietrechtlich). Förderungen für neue, saubere und v.a. billigere Energien gibt es trotzdem kaum. Und wie auch Corona wird die kalte Wohnung zur Privatsache erklärt.

Stefan Brandl

Grundrecht Heizen sichern durch Preiskontrolle!

Erzeugung, Transport und Speicherung von Energien liegt aktuell in privater Hand und wird folglich profitorientiert und so dereguliert wie möglich betrieben: die gesunkenen Energiekosten 2020 wurden nicht an Haushalte weitergegeben, die steigenden Preise dafür 1:1. Arbeiter*innen müssen um ihre Löhne kollektivvertraglich kämpfen, Energieanbieter hingegen können Preise nach Belieben verändern. Zusätz-

lich steigen Löhne/Gehälter deutlich langsamer als Energiekosten. Stattdessen braucht es eine automatische Anbindung der Löhne an Inflation bzw. Lebenskosten. Zusätzlich braucht es staatliche Preiskontrollen und Preisbindung. Die Konzerne jammern, dass sie dann keine Gewinne mehr machen könnten? Ein Grund mehr, sie zu verstaatlichen und dafür zu sorgen, dass das Grundrecht auf Energie gesichert wird.



Langfristig lösen – verstaatlichen!

Energie und Energiesicherheit sind Grundbedürfnisse, die in einer profitorientierten Wirtschaft nicht befriedigt werden können. Alleine aus den 1,5 Milliarden € Profiten der OMV 2020 (ein schlechtes (!) Umsatzjahr) hätten im selben Zeitraum mindestens eine Million Haushalte beheizt werden können. Energiekonzerne wie die OMV müssen re-verstaatlicht werden, um für staatliche Kontrolle über Preisstabilität zu sorgen: "Mitreden können wir

nur bei Sachen, die uns gehören". Schließlich muss der gesamte Energiesektor unter Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Konsument*innen überführt werden und "nationalstaatliche" Energiekonzepte durch echt internationale Kooperation ersetzt werden. Wir brauchen Milliardeninvestitionen aus den Profiten der fossilen Energiekonzerne für leistbare, sichere und klimaneutrale Energie weltweit.



Foto: Manfred Werner – Tsui, CC BY-SA 3.0

Diese Regierung ist gefährlich

„Was wir jetzt brauchen ist Stabilität“ war der weinerliche Tenor der ÖVP-Granden nach Sebastian Kurz' 2. Abdankung als Bundes-

vertiefenden politischen Krise. Nur eine Handvoll Politiker*innen hat einen positiven Vertrauensindex, nur 7% glauben, dass

im speziellen Coronapolitik und eines echten Fahrplans in die Energiewende. Dazu sind die Herrschenden nicht fähig.

tals übernommen. All das sind deutliche Zeichen einer massiven Schwäche!

Der Corona-Zick-Zack zeigt, dass die österreichische herrschende Klasse vor allem eine Karikatur ist

kanzler. Ins gleiche Horn stoßen Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung und der grüne Koalitionspartner setzte das um, indem das „System Kurz“ weiterläuft, halt ohne Namensgeber. Dahinter steckt zweierlei: 1) Die Notwendigkeit der heimischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht völlig abgehängt zu werden. 2) Die Panik angesichts der sich

Politiker*innen (fast) nie die Unwahrheit sagen. Das Maßnahmenchaos der Regierung plus der Skandalhäufung um den ÖVP-Teil der Regierung hat auch das Vertrauen jener, die Corona für gefährlich halten und fürs Impfen sind, nachhaltig beschädigt.

Stabilität und v.a. Sicherheit bräuchte die Bevölkerung. Nämlich in Form einer konsequenten Gesundheits-, Sozial- und

Das Chaos hat seine Wurzel in einer schwachen herrschenden Klasse, die zwischen verschiedenen Kapitalgruppen (z.B. Industrie und Tourismus) hin- und hergerissen ist und v.a. in Form der ÖVP versucht, mittels populistischer Elemente Wähler*innen zu fischen. Die Grünen haben von der SPÖ teilweise den Part des „vernünftigen“ Erfüllungsgehilfen im Sinne des Gesamtkapi-

Ist eine Fortsetzung der Koalition nötig, um FPÖ & MFG auszubremsen? Eine kurzsichtige Sichtweise, die schon bisher nicht funktioniert hat. Eine kapitalistische Regierung kann weder Corona noch die FPÖ wirksam bekämpfen. Wenn die Gewerkschaft Vida den Rücktritt der Regierung fordert, dann hat sie recht: Diese Regierung gehört weg. Doch die SPÖ ist nicht wirklich besser, auch dann sind die Spitäler voll und ist der Erhalt unserer Arbeitsfähigkeit das zentrale Ziel der Politik. Eine echte Alternative sieht ganz anders aus!

Thomas Hauer

Die Grünen: Teil des Problems

Zwar verbanden viele vor der Wahl die Grünen mit ökologischer, sozialer, feministischer Politik und Chancengleichheit, was vor allem Erstwähler*innen und im speziellen junge Frauen angesprochen hat. Tatsächlich haben sie in Österreich den Kürzungen im Spitalswesen ebenso zugestimmt wie im Bund Abschiebungen. Doch mit der Logik vom „kleineren Übel“ und „Sachzwängen“ verzeihen Wähler*innen viel.

Die Grünen stehen für kapitalistischen Wettbewerb, der laut ihrer Definition die effizienteste bisherige Wirtschaftsform ist, dessen negative Erscheinungen durch „soziale Marktwirtschaft“ abgemildert werden sollen. Das wird in der Steuerreform deutlich, deren ökologischer Effekt CO₂-tonnenweise danebengehen wird. Das Etikett „sozial“ kommt aus der gleichen Schublade wie „neuer Stil“ der ÖVP.

Sogar die Rückkehr der Taliban änderte nichts an den Abschiebeplänen (unter einem grünen Vize) nach Afghanistan. Flüchtlinge erfrieren an der Grenze nach Belarus während hierzulande Flüchtlingsbetreuer*innen abgebaut und Einrichtungen geschlossen werden. Und das Bundesheer bekommt im neuen Budget 206,1 Millionen mehr, der Gewaltschutz für Frauen nur 24,6 statt der nötigen 228 Millionen.

Mitverantwortlich sind die Grünen durch ihre Politik auch an der Impfskepsis. Und weil ein Teil der Schwurble*innen aus dem esoterisch-impfskeptischen Lager sich lange bei den Grünen wohl gefühlt hat. Der individualistische, wissenschaftsfeindliche Zugang hatte immer einen (großen) Platz in ihren Reihen. Dass die ehemalige Bundessprecherin Petrovic der Schwurbel-Demo Grußworte übermittelte, passt da gut ins Bild.

Der rechte Rand

„Die GPA hat weder etwas zu verlangen und schon gar nichts zu fordern. Sie sollen aus dem täglichen Wirtschaftsleben endlich verschwinden und jene die Krise bewältigen lassen, die davon etwas verstehen, nämlich den (sic!) Unternehmen mit ihren Mitarbeitern.“ Das schrieb Fritz Amann vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender 2009. Aber nicht nur 2009 und nicht nur in Österreich gehen Rechte gegen Gewerkschaften vor. 2021 gab es u.a. Angriffe auf Gewerkschaften in Italien und Australien. Am 9.10. fand in Rom eine Demonstration gegen den „Grünen Pass“ statt. Wie bei anderen Protesten gegen Corona-Maßnahmen waren auch hier Rechte und Faschist*innen nicht nur einfach „dabei“. Aktivist*innen der neofaschistischen „Forza Nuovo“ attackierten aus der Demo heraus die Büros der Gewerkschaft CGIL. Später kam es dann auch zu Gewalt gegen Angestellte des Krankenhauses Policlinico Umberto I. In Melbourne, Australien, fand am 20. September eine Demonstration von Bauarbeiter*innen gegen eine Impfpflicht am Arbeitsplatz statt. Auch hier nutzten Rechtsextreme die Demo, um das Büro der Gewerkschaft CFMEU zu zerstören. Auch die österreichische Rechte nutzt das Corona-Thema. Identitäre, Küssel & Kameraden und die FPÖ waren zentral bei der Demonstration am 20. November dabei und versuchten auch ihre gelben Gewerkschaftsstrukturen (z.B. FGÖ-Bundesheer) dazu zu nutzen. Angriffe aus dem Milieu der Schwurbler auf Wissenschaftler*innen, Testeinrichtungen und sogar Spitäler passen zur rechten – und sehr gefährlichen – Eskalationsstrategie.

Seraphina Reisinger

Sozialbereich: Verbesserungen jetzt!

Wer nach den Kollektivverträgen von „Sozialwirtschaft Österreich – SWÖ“, Caritas und Diakonie arbeitet, hat, nach zwei sehr geringen Gehaltserhöhungen 2020 und 2021, jetzt eine Mini-Arbeitszeitverkürzung. Bei den wenigen Vollzeitbeschäftigten wird die wöchentliche Arbeitszeit von 38 auf 37 Stunden verkürzt, Lohn oder Gehalt und alle Zulagen bleiben aber gleich wie 2021. Ein massiver Reallohnverlust! Bei den vielen Teilzeitbeschäftigten bleibt die Wochenstundenanzahl gleich, die Bezahlung erhöht sich um magere 2,7%.

Die Wut in der Branche steigt und es tut sich viel: Anfang Oktober gingen in Innsbruck hunderte Kolleg*innen auf die Straße, dann die Proteste im Kindergartenbereich. In Graz beteiligten sich tausende Kindergärtner*innen und Beschäftigte aus der Pflege an Protestaktionen. Viele von ihnen arbeiten nach SWÖ, Caritas oder Diakonie KV, die Kolleg*innen sind also bereits aktiv und kampfbereit. Ihre Anliegen müssen in vorgezogene Lohn- und Gehaltsverhandlungen einbezogen werden. Dafür steht die kämpferische Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“. Am 9. und 10. 11. gingen tausende Pfleger*innen vor allem aus Spitälern auf die Straße. Alle Aktionen zei-

gen: Egal ob öffentlich oder privat, ob Kindergarten oder Spital: Gemeinsame Kämpfe sind möglich und sehr viele Kolleg*innen wollen sie auch!

Die zuständigen Gewerkschaften müssten die Aktionen zusammen führen und den Schulterschluss mit kämpfenden Beschäftigten aus anderen Branchen suchen. Aber weil sie genau das nicht tun, versucht „Sozial, aber nicht blöd“, verschiedene kämpferische Basisgruppen zusammenzubringen und Kolleg*innen aus verschiedenen Bereichen für gemeinsame Aktionen zu mobilisieren.

Egal wo: Es brodelt an allen Ecken und Enden in unserer Branche! Dem Aufruf für einen Aktions- und Streiktag für eine Erhöhung über dem Metallerabschluss würden tausende Kolleg*innen folgen. Diese Chance gilt es jetzt zu nutzen! Mit Betriebsversammlungen, gemeinsamen Aktionen und auch gemeinsamen Streiktagen! Als „Alternative“ zu einem ordentlichen Abschluss in vorzeitigen KV-Verhandlungen schlagen wir eine starke Kampagne für einen Coronabonus von mindestens 250 monatlich vor, um die verlorenen letzten 3 Jahre auszugleichen.

Michael Gehmacher,
Betriebsratsmitglied
Samariterbund – WSD



Von Pflegedemo zu Streiks

4.000 Beschäftigte und Auszubildende aus dem Gesundheitsbereich haben trotz kurzfristiger Mobilisierung am 9.11. in

getan haben, auch um der Zersplitterung in der Branche entgegenzuwirken. Die Stimmung ist explosiv, schon vor Co-

nach mehr Personal, einem Corona-Bonus für alle und bezahlter Ausbildung tatsächlich durchsetzen zu können. Viele Kolleg*innen sind streikbereit und Streiks werden der einzige Weg sein, den höchstmöglichen Druck aufzubauen. Weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen werden sich von Demonstrationen beeindrucken lassen, auch wenn sie ein wichtiger erster Schritt waren. Als SLP schlagen wir vor, in den nächsten Wochen durch eine Vernetzung von Kolleg*innen den Druck von unten auf die Gewerkschaftsführungen für die Vorbereitung von Streiks zu erhöhen.

Sarah Moayeri

Um Verbesserungen in der Pflege durchsetzen zu können, müssen echte Kampfmaßnahmen folgen.

Wien für bessere Arbeitsbedingungen demonstriert, zuvor schon 500 in Graz. Einen Tag später haben die zuständigen Gewerkschaften unter dem Motto „5 nach 12“ symbolische Aktionen in Spitälern organisiert. Es ist gut, dass sich die Gewerkschaften für eine solche Mobilisierung zusammen-

rona war die Situation für die Beschäftigten eine Zumutung, die Pandemie hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Gewerkschaftsführungen mussten mit solchen „Dampfablassaktionen“ der Stimmung ein wenig nachgeben.

Aber so viel mehr wäre nötig, um die Forderungen

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

– Zahnlos

Mit der Aktionswoche „Stress lass nach“ gegen wachsenden Arbeitsdruck will die GPA offenbar für Weihnachtsstimmung sorgen. Denn die Initiative ist nicht mehr als ein Brief ans Christkind. Anstatt Kampfmaßnahmen zu organisieren, gibt es Appelle an Firmen und Tipps, was man selbst tun kann. Forderungen wie eine Personaloffensive oder Arbeitszeitverkürzung fehlen. Eine derartige Symbolpolitik hilft Beschäftigten nicht.

– Zuwenig

Seit Beginn von Corona haben die Beschäftigten im Handel ihre Wichtigkeit bewiesen. Darauf ließen sich Streiks für massive Lohnerhöhungen aufbauen. Doch die Gewerkschaftsspitze fordert in den KV-Verhandlungen 3,5% und liegt damit sogar unter der Teuerung des Oktobers. Ein Grund mehr, alle Entscheidungen über Forderungen und Annahme/Ablehnung von Ergebnissen den Beschäftigten selbst zu überlassen.

– Routine

In der Metallindustrie gleicht das Verhalten der Gewerkschaftsführung einem einstudierten Eiertanz. Jedes Jahr werden Betriebsversammlungen und Streiks angekündigt, halbherzig begonnen und dann ein Rückzieher gemacht. Auch dieses Jahr war der Abschluss von 3,5% weit hinter der Forderung der Gewerkschaften und hinter dem, was v.a. angesichts der Wut der Kolleg*innen (auf den öffentlichen Streikkundgebungen) möglich war.

– Bremsklotz – Planlos

Auch die Lohnerhöhung der Eisenbahner*innen liegt mit 3,7% kaum über der Oktoberinflationsrate – und das, nachdem sie 2020 nur 1,3% betragen hatte. Anstatt die Kolleg*innen in die Verhandlungen einzubinden, sollten die Betriebsrät*innen erst nach der nun abgeschlossenen Lohnrunde im Detail informiert werden. Kein Wunder, dass die Gewerkschaft immer mehr als Teil des Managements gesehen wird.

Bei den Verhandlungen der öffentlich Bediensteten sind die Forderungen der Gewerkschaft besonders mickrig. Auch nach Protesten von Beschäftigten im Gesundheitsbereich fordern deren Gewerkschaften younion und GÖD weniger als die Inflation (2,1%). Dabei zeigen internationale Erfahrungen z.B. bei Charite/Vivantes in Berlin, dass offensive Forderungen auch in diesen Bereichen durch Streiks durchgesetzt werden können.



Ich oder Du

„Ich oder Du“ war 1984 ein Superhit von Hansi Lang. Schon lange her. Eine Zeit, wo Austropop noch mehr als patriotisch, reaktionär

als „normal“ galt, vom Chef wiederum geduzt zu werden. Auch heute wird diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit oft zynisch als

im Jahr 2021 noch immer an Schulen gegenüber Jugendlichen begegnen. In diesem Fall gilt dann der Stehsatz: Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir! Ganz anders und dann doch nicht so verschieden ist es in vielen heutigen, modernen Unternehmen. Flache Unternehmens-Hierarchien sind ein Zauberwort spätestens seit dem Jahrtausendwechsel. Alle sind untereinander per Du, schließlich sitze man ja im gleichen Boot und ziehe am selben Strang. Passend dazu wird in den Schulen mit „Entrepreneurship-Education“ den Kindern und Jugendlichen unternehmerisches Denken in allen auch privaten Lebenslagen eingetrichtert. Natürlich sollen hier Hierarchien nicht aufgehoben, sondern

verwischt und eine Illusion einer nicht vorhandenen Gleichheit im Kapitalismus aufgebaut werden. Denn betriebliche Entscheidungen, Stellenabbau oder auch Übergriffe werden ganz unflach oben gefällt, auch wenn sie alle betreffen.

„Keine Angst“ war ein anderer Superhit von Hansi Lang aus der Zeit. Und keine Angst sollten wir haben, wenn es um dieses Thema geht, egal ob alt oder neu. Die für uns heute oft lächerliche Grußpflicht beim Bundesheer, hat seinen Ursprung hierin und wurde von den einfachen Mannschaftsgraden erkämpft. Alle müssen sich gegenseitig grüßen und den Gruß unabhängig vom Dienstgrad erwidern. Dieses Selbstbewusstsein der

Arbeiter*innen-Klasse ist heute mit Niedergang und Entpolitisierung der Gewerkschaften stark zurückgegangen. Es ist aber mehr als an der Zeit, uns unserer Stärke wieder bewusst zu werden. Sei es bei Lohnforderungen, Arbeitszeit, Gleichberechtigung oder eben beim Grüßen. Dass das aber nur der erste Schritt sein kann, zeigt wieder das Heer. Trotz Grußpflicht bleibt es ein zutiefst undemokratischer Ort, in dem sich die soziale Herkunft wie kaum woanders in der Hierarchie der Dienstgrade ausdrückt. Um wirklich mit undemokratischen Strukturen zu brechen, müssen wir auch mit dem Kapitalismus brechen.

Albert Kropf

Über die Anrede und warum es nicht egal ist

re angehauchte Volksmusik war und eine kaum mehr vorstellbare Breite unter Jugendlichen hatte. Aber auch eine Zeit, in der das soziale Gefälle noch klar in der Anrede ausgedrückt wurde. Beschäftigte hatten den/ die Chef*in mehr oder weniger ausnahmslos mit „Herr“ oder wenigen Fällen auch „Frau“ anzureden. Anders war es umgekehrt, wo es – je weiter unten in der beruflichen Nahrungskette –

„freundschaftliches Du“ bezeichnet – z. B. von Polizei oder anderen Autoritäten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund verwendet. Damit soll ein Machtgefälle und auch beim Untergebenen eine Machtlosigkeit ausgedrückt werden. Wenn der eine duzt und der andere siezen muss, befindet man sich einfach nicht auf Augenhöhe! Es ist daher kein Zufall, dass wir dieser ungleichen Kommunikation

Camp!

Auch wenn uns die Wintertemperaturen und das Corona-Chaos der Regierung gerade den letzten Nerv rauben: Es wird wieder Sommer werden! Und das corona-sichere Sommercamp der SLP/ISA ist die Gelegenheit, in Kärnten/Koroška Entspannung mit politischen Diskussionen und Weiterbildung zu verbinden – und das mit Sozialist*innen aus der ganzen Welt!

21.–28. August 2022
Turnersee/Zablaško Jezero

Zensur oder Porno

Weil die 30.000 Jahre alte Venus von Willendorf aufgrund von „zu viel Nacktheit“ von Facebook und Instagram verbannt wurde, richtete der Wiener Tourismusverband im Spätherbst einen Account auf onlyfans ein – eine Plattform mit hauptsächlich pornographischen Inhalten. Dort lädt er nun auch Bilder von Schiele, Modigliani etc. hoch, um Museen und Ausstellungen zu bewerben. Was in internationalen Schlag-

zeilen als kreative Werbekampagne gefeiert wurde, die übermoralistische Algorithmen ausbootet, ist tatsächlich nur die andere Seite der Medaille. Denn der Fall zeigt auf, dass es im Kapitalismus nur zwei Arten gibt, mit Nacktheit bzw. Sexualität umzugehen: verstockte Zensur und pornographische Vermarktung. Entweder dürfen sie gar nicht existieren, oder sie müssen im Dienste des Profits immer weitergetrieben werden.

Gender-Marketing

Blau für die Buben, Rosa für die Mädchen. Feuerwehrautos für die einen, Puppen für die anderen. Wer gedacht hat, dass diese verstaubten Klischees der Vergangenheit angehören, wird insbesondere im Weihnachtsgeschäft eines Besseren belehrt. Das Gegenteil ist nämlich der Fall: Wie die kalifornische Soziologin Elisabeth Sweet gezeigt hat, ist Spielzeug heute viel „geschlechtsspezifischer“ als noch vor ca. 50 Jahren. Der plump-

pe Grund: Profit. Vor dem Hintergrund zurückgehender Geburtsjahrgänge müssen Kinderprodukte umso aggressiver vermarktet werden – und so wurde das „Gender-Marketing“ geboren: Produkte wie Gummistiefel oder Fahrräder werden extra „für Buben“ oder „für Mädchen“ vermarktet – sodass für Geschwister z.B. alles doppelt gekauft werden soll. So werden im Interesse des Profits Rollenbilder verfestigt.

Mit der ISA in Glasgow

Von 4.-7. November sind wir als österreichische ISA-Delegation in Schottland gewesen. Diese bestand aus über 15 Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. In Glasgow hat die weltweite Klimakonferenz "COP26" stattgefunden. Viele sahen diese Konferenz als eine "letzte Möglichkeit", die Klimakatastrophe abzuwenden. Die ISA hat erwartet, dass keine tatsächlichen Lösungen beschlossen werden und hat an den Protesten teilgenommen sowie eigene Aktionen und eine Veranstaltung organisiert.

Hier hat sich auch die internationale Stärke unserer Organisation gezeigt. Die internationale Gruppe in Schottland bestand aus über 300 Personen aus 16 Ländern. So konnten wir am Freitag eine zusätzliche Demonstration in Edinburgh veranstalten und einen starken Block in Glasgow aufstellen. Dass wir auch am Samstag den stärksten Block gebildet haben, konnte man gut von außen sehen. So gut sogar, dass wir von Israel bis in die USA auf den Titelseiten zu sehen waren.

Vor Ort haben wir allerdings nicht nur demonstriert. Von vielen Teilnehmer*innen wurden Reden gehalten. Diese wurden auch sehr gut aufgefasst und es wurde kräftig applaudiert!

Es wurden Zeitungen der Sektion in England, Wales und Schottland verkauft, welche den Klimawandel und unter anderem auch die Frage der schottischen Unabhängigkeit behandelten. Weiters haben wir eine Broschüre über Klimawandel und Kapitalismus angeboten. Unsere Inhalte konnten wir aus meiner Sicht durch starke Banner (Capitalism Is Killing The Planet/Kapitalismus tötet den Planeten) und unsere Demo-Parolen (They say private greed, we say public need!/Sie sagen private Gier, wir sagen Nutzen für alle) verständlich machen.

Samstag Abend haben wir auch ein öffentliches Treffen veranstaltet, auf dem bekräftigt wurde, dass der Klimawandel ein Produkt des Kapitalismus ist und die Klimakatastrophe nur in einer sozialistischen Gesellschaft abgewendet werden kann. Durch viel Ankündigen und Verteilen von Flyern sind über 50 Interessierte erschienen, die (noch) nicht Teil der ISA waren.

Eine Genossin, Amy, konnte auf der offiziellen Bühne der Proteste sprechen. In der kurzen Redezeit hat sie es gut geschafft, zu erklären, wieso die Arbeiter*innenbewegung und die Klimabewegung zusammengehören und das selbe Ziel haben.

Jan Wottawa



ROSA aktiv am 25.11.

In Linz waren über 100 Teilnehmer*innen bei der Demonstration von "Do it Yourself Frauen-

auch stark um die Vernetzung und Organisation von Kolleg*innen an der Basis ging.

Versuch der Regierung, Sexismus rassistisch zu nutzen, wurde zurückgewiesen.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: ROSA aktiv bei Protesten in Wien, Linz und Graz.

tag Linz". SLP & ROSA-Aktivist*innen haben betont, dass der Kampf gegen Sexismus und Gewalt untrennbar verbunden ist mit den Protesten, die wir in den vergangenen Monaten in Pflege, Elementarpädagogik und Bildung gesehen haben.

Deshalb hatte ROSA auch im Vorfeld die Online-Diskussion "Klassenkampf gegen Gewalt an Frauen" organisiert, wo es den Teilnehmer*innen

In Wien hatte ROSA wochenlang für die Kundgebung am Handelskai in Wien 20 mobilisiert und damit an vergangene Aktionen nach dem Bierwirt-Mord in der Nähe angeknüpft. Die Reaktionen von Passant*innen waren sehr positiv, viele haben sich in unsere Kontaktlisten eingetragen. In den Reden gab es nicht nur Berichte über persönliche Erfahrungen mit Sexismus und Übergriffen. Auch der

In Graz mobilisierten ROSA- und SLP-Aktivist*innen bei der Demonstration vom F*Streik Bündnis für die Menschenkette für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege am 17.12. und riefen auch in einer Rede zur Teilnahme auf. Und überall galt und gilt die Einladung: Werde mit uns gegen das ganze System aktiv und hilf mit bei der Mobilisierung für Streiks und Walk-outs am 8. März 2022.

Graz: Proteste der Elementarpädagogik



Am 13.11. protestierten in Graz über 2.000 Menschen für Verbesserungen in Kindergärten, -krippen und Horts. Gemeinsam mit Eltern und solidarischen Menschen forderten Pädagog*innen und Betreuer*innen kleinere Gruppen und mehr Personal, bessere Bezahlung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie Ausfinanzierung und bessere, einheitliche Standards. Damit gab es nach den de facto Streiks in Wien (siehe Vorwärts Nr.

297) nun auch in der Steiermark Proteste. Vielen wütenden Kolleg*innen war aber klar: "Wir sollten auch schon längst streiken!". ROSA und SLP-Aktivist*innen setzen daran an und betonten, dass es nötig ist, Kämpfe zu verbinden, sich zu organisieren und Druck auf die Gewerkschaft aufzubauen, um Verbesserungen zu erkämpfen und Krisen und Kapitalismus zu überwinden.

Moritz Bauer

Andere über uns

„Die sind mit Steuergeld durch die Krise getragen worden, schütten sich Boni und Dividenden aus und wir sollen alles bezahlen“, ärgert sich Arbeiterbetriebsrat Thomas H.

Der SPÖ-nahe Kontrast-Blog zitierte in einem Bericht über die Verhandlungen zum Metaller*innen-KV SLP-Aktivist und Betriebsrat Thomas Hauer. Leider legten sie ihm dabei eher die Worte des Gewerkschaftschefs Wimmer in den Mund als seine eigenen. Denn Thomas betonte die Rolle der Basis, die es für effektive Arbeitskämpfe braucht, sowie den Schulterschluss mit den Protesten im Bildungs- und Pflegebereich.



Immer wieder fällt der Begriff „Arbeiterklasse“ in Zusammenhang mit Klassenkämpfen. Von den USA nach Myanmar, rauf nach Südkorea und zurück nach Österreich kam es in den letzten zwei bis drei Jahren zur Zunahme von Klassenkämpfen. Doch was ist diese Arbeiter*innenklasse und wer gehört zu ihr? Existiert diese Arbeiter*innenklasse noch und wenn ja, welche Rolle spielt sie in der heutigen Gesellschaft?

„Das Proletariat ist die diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht ...“ schrieb Friedrich Engels 1847 in „Die Grundsätze des Kommunismus“.

Unter dem Begriff „Arbeiter*innenklasse“ verstehen wir Marxist*innen alle Menschen, die außer ihrer eigenen Arbeitskraft nichts ande-

halt zu verdienen, zu der Arbeiter*innenklasse. Sie sind also auf ihren monatlichen Gehalt angewiesen. Auch deine Verkäuferin im Bipa, der Kellner im Stammlokal, die TU-Studentin, aber auch die Professorin, deine Hausärztin und der ÖBB-Schaffner zählen dazu. Personen, die in der Vergangenheit arbeitstätig waren (und jetzt arbeitslos oder in Pension sind) und in der Zukunft arbeitssuchend sein werden (Schüler*innen, Studie-

teln wie die Maschinen, genügend Platz, ausreichende Rohstoffe bzw. geschütztes Wissen (Patente). Somit müssen diese Menschen nicht ihre eigene Arbeitskraft verkaufen, um im Gegenzug Geld zu bekommen um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Die Arbeiter*innenklasse hat gemeinsame Interessen wie höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Sozialstaat, die im Gegensatz zu den Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse stehen. Doch sie ist auch sehr vielschichtig mit den verschiedensten Religionen, Ethnien und Sexualitäten. Und hier versucht die herrschende Klasse, also die Kapitalist*innen, die Arbeiter*innenklasse gezielt mit Hilfe von Spaltungsmechanismen wie Sexismus und Rassismus zu spalten. Teile und Herrsche ist das Prinzip. Auch die gezielte Trennung von Angestellten und Arbeiter*innen gehört dazu. In Österreich verdienen Angestellte meistens mehr Geld und stehen in der Gesellschaft besser da als Arbeiter*innen. Arbeits-

rechtliche Unterschiede ändern aber nichts daran, dass auch Angestellte zur Arbeiter*innenklasse gehören. Solche Spaltungsmechanismen dienen dazu, die Einheit – und damit die Kampfkraft – der Arbeiter*innenklasse – zu schwächen.

Die Rolle und Arbeit der Arbeiter*innenklasse hält das ganze Wirtschaftssystem am Laufen und produziert den Reichtum der Gesellschaft. Sie „geben“ ihre Arbeitskraft, die die Grundlage für die Profite der Kapitalist*innen ist. Sie haben das Wissen, um z.B. die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Wer wirklich wichtig ist, wurde ganz klar in der Corona-Pandemie bestätigt. Nichts geht ohne die Arbeit der Arbeiter*innenklasse. Aus diesem Grund hat die Arbeiter*innenklasse nicht nur ein Interesse am Ende der kapitalistischen Ausbeutung, sondern ist auch die einzige Klasse, die den Kapitalismus endgültig beseitigen und ein ganz anderes System aufbauen kann. Ein sozialistisches System, das sich an den Bedürfnissen aller und nicht an den Profiten weniger orientiert.

Kimija Valadbeigi

Arbeiter*innenklasse: Keine romantische Kategorie, sondern Trägerin gesellschaftlicher Veränderung.

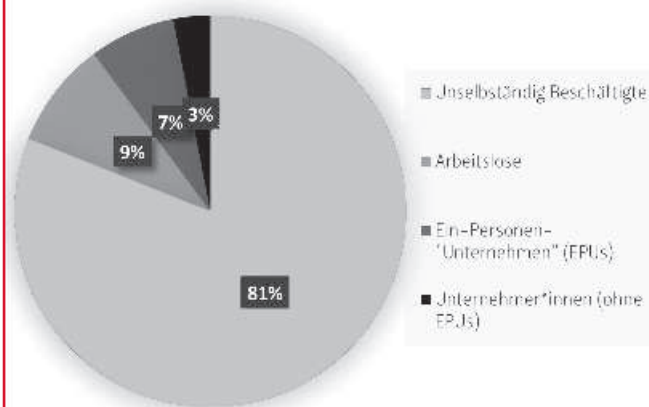
Oft wird der Begriff „Arbeiter“ mit starken, großen Männern, welche in einer Fabrik arbeiten in Verbindung gebracht. Jedoch traf und trifft dieses Bild damals und auch heutzutage nicht auf die Arbeiter*innenklasse zu! Die Klasse der Arbeiter*innen war weder damals, noch heute homogen. Sie ist die größte und gleichzeitig einheitlichste wie auch vielschichtigste Klasse.

res zu verkaufen haben. In anderen Worten gesagt, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihre Miete und Nahrung bezahlen zu können. Im Gegensatz dazu können Unternehmer*innen – Kapitalist*innen – andere für sich arbeiten lassen und besitzen Kapital. Beispielsweise gehören Personen, die in einer Computerfirma arbeiten müssen, um genügend Geld für ihren Lebensunter-

rende, Lehrende) zählen ebenfalls zu dieser Klasse. Somit wird klar, dass die Arbeiter*innenklasse nichts Antiquarisches aus der Vergangenheit ist, sondern Realität und Gegenwart!

Menschen, die beispielsweise eine große Computerfirma besitzen, gehören nicht zur Arbeiter*innenklasse. Mit dem Besitz einer Firma kommt auch der Besitz von Produktionsmit-

Klassenstruktur in Österreich



Quellen: WKÖ, Statistik Austria. Durchschnittswerte von 2020

Zahlen und Fakten

- **88 %** aller Erwerbstätigen in Österreich sind unselbstständig erwerbstätig, können also nur "ihre Arbeitskraft verkaufen".
- **2020** gab es im Durchschnitt 3.772.100 unselbstständig Erwerbstätige, davon 1.946.100 Männer und 1.826.000 Frauen, in Summe aber 4.555.328 – dazu kommen dann noch die Scheinselbstständigen, pensionierten Beschäftigten und die jeweiligen Angehörigen. Also die absolute Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Wegen Corona war der Wert 2020 gesunken, aber in den letzten Jahrzehnten stiegen Anzahl und Anteil kontinuierlich. Allerdings ersetzen Teilzeitjobs zunehmend die Vollzeitjobs.
- **Rund 80%** aller Teilzeitbeschäftigten sind u.a. dank der mangelnden Kinderbetreuung Frauen, hier nimmt Österreich europaweit einen negativen Spitzenplatz ein.
- **Wenig aussagekräftig** ist das durchschnittliche Einkommen pro Monat, das schon 2016 bei 2.360 Euro lag. Mehr sagt das Medianeinkommen aus: Dieses ergibt, dass 50% aller Vollzeitbe-
- schäftigten weniger als 1.700.-/netto pro Monat verdienen! Pflegeassistent*innen liegen in etwa bei diesen 1.700.-. Im Gegensatz dazu verdienen gerade mal 10% über 4.000/Monat.
- **2019** entsprach das Durchschnittsgehalt der Vorstände von ATX-Unternehmen dem 57fachen des mittleren Einkommens aller Beschäftigten.
- **Doch Arbeit** schützt nicht vor Armut: 2010 war jedeR 12. Erwerbstätige von Armut bedroht, 2020 bereits jeder 8. Besonders betroffen: Frauen, die oft Teilzeit bzw. zu 23 % im Niedriglohnsektor arbeiten.
- **Die größte** staatliche Einnahmequelle sind die Mehrwertsteuer und die Lohnsteuer, die zum überwiegenden Teil von der Arbeiter*innenklasse bezahlt werden, die aufgrund der Steuerstruktur weder Steuern hinterziehen noch vermeiden kann – im Gegensatz zu Reichen und Unternehmen. Bei Geringverdiener*innen geht allein für die Mehrwertsteuer rund 1/4 des Lohns drauf!

Quellen: u.a. Statistik Austria, AK, Rechnungshof



Mit dem Aufstieg des Kapitalismus entstand eine neue Klasse arbeitender Menschen: Das Proletariat bzw. die Arbeiter*innenklasse. Schon vorher hatten manche "nichts zu verkaufen als ihre Arbeitskraft". Durch Veränderungen in der Produktionsweise wurden sie

Rolle in der Gesellschaft, die potentielle Macht der Arbeiter*innenklasse wenn sie sich organisiert ist als nächstes nötig. Ein solches Bewusstsein entsteht aus Erfahrungen v.a. von Kämpfen, aber auch Niederlagen. Es entwickelt sich nicht automatisch

„Alle Räder stehen still...“

zur größten Klasse. Die Entfremdung vom erzeugten Produkt nahm zu, man wurde zum immer kleineren Rädchen in einem immer komplexeren Produktionsprozess. Die Ausbeutung war enorm und ist es bis heute geblieben. Zwar können sich zumindest in den reichen Ländern auch Arbeiter*innen den „Luxus“ eines (meist für den Arbeitsweg nötigen) Autos bzw. eines (zur Regeneration der Arbeitskraft nötigen) Urlaubs leisten, doch die grundlegenden Strukturen kapitalistischer Ausbeutung blieben gleich. Wir erhalten nur einen Bruchteil der Werte, die wir selbst produzieren.

Arm und Reich, oben und unten – das gibt es, seit es Klassengesellschaften gibt. Staat und "Überbau" (Schule, Kultur, Religion etc) haben bis heute die Aufgabe, das als "natürlich" darzustellen. Doch immer haben Menschen gesehen, dass es nicht so sein muss und sich gewehrt. Das Bewusstsein, Teil einer Gruppe mit gleichen Interessen zu sein, steht am Anfang von Klassenbewusstsein. Das Verständnis über die

und nicht geradlinig. Und manchmal kann es ein Ereignis sein, das dieses Bewusstsein nach vorne katalysiert.

Mit der Arbeiter*innenklasse entstand die Arbeiter*innenbewegung: Der Zusammenschluss in Gewerkschaften und Parteien, die für unmittelbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen kämpften sowie für grundlegende demokratische Rechte bis hin zu einer ganz anderen Gesellschaft.

"Früher" schien die Klasse bewusst, organisiert und kampffähig. Die Schwäche bzw. das Fehlen von Organisationen der Arbeiter*innenklasse in den letzten Jahrzehnten hatte negative Auswirkungen. Aber die ideologische Dominanz des Neoliberalismus und seines philosophischen Partners, der „Postmoderne“ (die Behauptung, es gäbe keine Gesellschaft, alles wäre individuell) bricht aktuell zusammen. Auch wenn nach wie vor nur eine Minderheit sich selbst als „Arbeiter*innenklasse“ definieren würde: Die Un-

gerechtigkeit des Kapitalismus führt spätestens seit der Krise 2007 zu einem wachsenden Bewusstsein für "oben und unten". Das ist noch kein "Klassenbewusstsein" – was fehlt, ist ein Bewusstsein für die Macht und Aktionskraft, die Beschäftigte in ihren Betrieben haben. Viele der Massenbewegungen waren noch unklar: Occupy sprach von 99% gegen 1%, die Indignados-Bewegung in Spanien richtete sich gegen eine "Kaste" an der Spitze. Die zentrale Kampfform der meisten Bewegungen waren Massenproteste, Platzbesetzungen oder Straßenkampf. Aber spätestens seit der Corona-Krise sehen wir gerade auch hier Veränderungen und eine zunehmende Aktivität der Klasse als Klasse. Das gilt international in z.B. Kolumbien oder Belarus, besonders stark in den USA aber auch in Österreich mit den Streiks und anderen Formen der Arbeitsniederlegung im Gesundheitswesen und bei den Kindergärten.

Kaum jemand glaubt noch an ein „faïres“ System. Zwar reden alle von "flachen Hierarchien", doch die Chefs erhöhen den Arbeitsdruck, versuchen Beschäftigte und ganze Belegschaften gegeneinander auszuspielen (Arbeiter*innen – Angestellte – Leiharbeitskräfte bzw. Standorte) und kassieren den Profit. Aber wo gemeinsam gearbeitet wird, ist leichter zu sehen, wo die gemeinsamen Interessen und der gemeinsame Gegner sind. Das Klassenbewusstsein ist daher



auch tendenziell größer in der Industrie und größeren Unternehmen – wie z.B. auch in Spitälern. Bei den Betriebsversammlungen im Metallbereich haben sich die Kolleg*innen an der Basis ausgetauscht. Überall sind die Auftragsbücher voll und trotzdem wollen die Firmen nicht einmal die Inflation abdecken. Es sind überall die gleichen Erfahrungen, das schweißt zu-

und Diskriminierung Alltag sind.

Die Ungerechtigkeit im Betrieb und jene außerhalb wird oft noch nicht zusammengebracht. Doch es sind gerade diese jungen Frauen, die in einer Pflegeausbildung stecken, die soziale Arbeit studieren oder im Supermarkt jobben. Sie haben gerade unter Corona erlebt, wie

ckung, fehlende Demokratie und Frauenrechte auf die Füße stellt – und dabei zwangsläufig die Frage aufwerfen muss, wie die Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft sind und damit die Politik bestimmen. Soziale und politische Fragen lassen sich angesichts der zahlreichen Krisen von Klima, Wirtschaft und Politik immer weniger trennen.

Die Frage ist, wann aus der „Klasse an sich“, also dem Objekt historischer Entwicklungen, die „Klasse für sich“, also das Subjekt in diesen Entwicklungen, wird. Welche Erfahrungen führen dazu, dass Arbeiter*innen sich nicht mehr ausgeliefert fühlen, sondern sehen, dass sie gemeinsam die Welt aus den Angeln heben können? Corona hat gezeigt, dass die „kleinen“ Leute das Werk am Laufen halten. Das schafft zu Recht Selbstbewusstsein und ist ein Grund, dass Menschen einen wirklich miesen Job kündigen bzw. nicht annehmen, weil sie – zu Recht – Besseres wollen. Dazu kommt noch die Erfahrung, dass es offensichtlich nicht am Geld mangelt, das die Regierungen mit vollen Händen an Firmen verteilen.

Bei aller Buntheit der Arbeiter*innenklasse machen uns doch die Gemeinsamkeiten aus. Dabei geht es aber nicht um das „geteilte Leid“, das leichter zu ertragen wäre, sondern dass wir gemeinsam stärker sind, um echte Verbesserungen und eine andere Gesellschaft zu erreichen.

Sonja Grusch

...wenn dein starker Arm es will.“

sammen und zeigt, dass das Problem nicht einzelne Chefs sind, sondern das ganze System.

Auch außerhalb des Betriebs ist die Ungerechtigkeit groß: Wer monatelang auf einen Termin für eine Untersuchung oder eine OP warten muss, weiß, dass wir eine Mehr-Klassen-Medizin haben. Wer sich ewig von einem prekären Job zum nächsten hanteln muss, weiß, dass das Versprechen „wer sich bemüht und lernt, hat eine bessere Zukunft“ leer ist.

Die triste eigene Lebenssituation mit grauer Zukunftsperspektive trifft auf die Arroganz und Glitzerwelt der „Reichen und Mächtigen“. Das Gefühl, dass da „was nicht passt“ hat verschiedene Quellen, die sich zu einem Gefühl auftürmen, dass es so nicht weitergehen kann. Junge Frauen, die mit der Propaganda aufwachsen, dass Sexismus nur importiert wäre und doch täglich erleben, dass Sexismus

wichtig ihre Arbeit ist. Es sind gerade die Frauen der Arbeiter*innenklasse, deren Wut vermehrt zu Ausbrüchen führt.

Klassenbewusstsein entwickelt sich nicht „nach Plan“ und aktuell bricht es oft nicht an betrieblichen Fragen bzw. Fragen der Bezahlung auf. Bei den Protesten in den Kindergärten und beim Pflegepersonal geht es v.a. um mehr Personal – mehr Geld ist auch nötig, doch hier ist der Leistungsdruck (noch) geringer.

Es sind Arbeiter*innen, die die Proteste in Österreich wie auch die Massenbewegungen in Kolumbien und Peru, im Irak und Iran, in den USA und Südafrika prägen. Sie treten zunehmend als Klasse auf und greifen zu Kampfmitteln der Klasse. Die Streiks in Myanmar und Südkorea verdeutlichen das. In den USA spricht man vom „Striketober“ (Strike & Oktober). Es ist eine Arbeiter*innenklasse, die sich um politische Fragen wie nationale Unterdrückung



Marx aktuell

Menschen werden auf verschiedenste Art und Weise unterdrückt. Aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Herkunft, ihrer Sexualität sowie ihrer Klassenzugehörigkeit. In der intersektionalen Theorie wird diese Art der Unterdrückung als „Klassismus“ bezeichnet. Gemeint ist z.B., wenn über Menschen mit niedrigem Einkommen oder ohne Arbeit gelästert wird, weil sie angeblich zu dumm wären, einen gut bezahlten Beruf zu erlangen. Die Ursachen für diese Diskriminierungserfahrungen werden dabei häufig in der Kultur gesucht. Lösungsansätze beschränken sich daher meist auf Symbolik, wie z. B. die Erhöhung des Anteils an „Arbeiter*innenkindern“ an Universitäten. Diese Vorgehensweise ist jedoch gefährlich. Die Gegensätze zwischen den Klassen sollen nicht mehr überwunden, sondern nur die Auswirkungen möglichst minimiert werden. Menschen aus der

Klassismus: Leugnung der Klassengegensätze

Arbeiter*innenklasse sollen einfach nur mehr respektiert werden usw. Die bestehende Klassenunterdrückung ist kein kulturelles Phänomen, nicht „nur“ eine Diskriminierung, sondern ein Produkt der Klassengesellschaft, ohne die der Kapitalismus nicht existieren könnte.

Die marxistische Klassenanalyse setzt nicht bei kulturellen Ursachen an, sondern bei den grundlegenden Klassenwidersprüchen. Es stimmt, dass Menschen aus der Arbeiter*innenklasse weniger Zugang zu Universitäten oder Ähnlichem haben. Aber die Ursachen dafür liegen viel tiefer. Der Marxismus ergründet ebenso Ursprünge wie Strategien der Bekämpfung. Weiters hat er eine klare Definition des Begriffs „Arbeiter*innenklasse“. Darunter fallen alle Menschen, die „nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft“ (Marx). Die Entstehung spezifischer Unterdrückungsformen ist eng mit der Entstehung von Klassengesellschaften verbunden. Die Entstehung der ersten Klassengesellschaften beschreibt Friedrich Engels 1884 in seinem Werk: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Seit der neolithischen Revolution (=Übergang der Altsteinzeit in die Jungsteinzeit vor ca. 12.000 Jahren) wird mehr produziert, als zum unmittelbaren Überleben benötigt wird. Aus diesem gesellschaftlichen Mehrprodukt resultierte ebenso die Unterdrückung „des weiblichen Geschlechtes durch das männliche“, da in den meisten Gesellschaften nach der männlichen Linie vererbt wurde, sowie eine ungleiche Verteilung des Reichtums generell. Die Unterdrückung der Frau (und andere Formen der Diskriminierung) ist (sind) untrennbar mit der Klassenunterdrückung verbunden und überschneiden sich nicht bloß punktuell.

All diese Arten von Unterdrückung gehen aus den Klassengesellschaften hervor. Die Klassenunterdrückung bildet also das Fundament für alle anderen Unterdrückungsformen. Somit müssen alle Kämpfe gegen die Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Sexualität, Religion etc. als Klassenkämpfe geführt werden, d.h. darauf abzielen, die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam zu überwinden.

Anna Hiemann

Zum Weiterlesen

Friedrich Engels:

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats | Bestellen unter slp@slp.at



Wer ist das “revolutionäre Subjekt”?

Auf die Schlussfolgerung “es muss sich grundlegend was ändern” folgt: Wer kann das schaffen? Die herrschenden Parteien und Regierungen sicher nicht, sie sind der verlängerte Arm der herrschenden Klasse. Veränderung muss von unten erkämpft werden. Doch von wem genau? Mit der Krise der Arbeiter*innenorganisationen und ihrem Niedergang ging das Verständnis für die Not-

aber auch anderen unterdrückten Gruppen, ist ihre Größe. Doch die entscheidende Rolle der Arbeiter*innenklasse in der Gesellschaft sowie ihre Möglichkeit, eine Revolution durchzuführen, kommt aus ihren wirtschaftlichen bzw. sozialen Interessen, ihren Fähigkeiten und ihrer Position im Produktionsprozess. Sie kann sich keine

bedingungen selbst bestimmen.

Zur Notwendigkeit kommt die Möglichkeit. Keine Wahl, keine Petition, keine Volksabstimmung, aber auch kein Guerillakampf hat die Macht, diese nötige Veränderung zu erreichen. Nur die Arbeiter*innenklasse hat die Macht dazu. Sie hat Werkzeuge und Produktionsmittel in der Hand (auch wenn sie

ka. Das Bergbauunternehmen musste nach einer Woche Streik nachgeben und einer externen Untersuchung zustimmen. Wenn ein paar Linke gegen Kurz&Co. demonstrieren oder einen Antrag im Bezirksrat einbringen, kommt das in seiner Wirkung nicht annähernd an die Proteste der Kindergärtner*innen heran. Diese haben das reale Potential, nicht nur die Regierung und ihre Politik zu stürzen, sondern auch Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und so ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Gewalt an Frauen zu sein.

Auch aktuelle revolutionäre Aufstände, wie im Sudan oder in Myanmar, werden durch Kampfformen der Arbeiter*innenklasse auf eine neue Stufe gehoben. Als die Textilindustrie und andere Bereiche in Myanmar streikten, wurde es richtig bedrohlich für die Militärjunta. Sobald die Arbeiter*innen als solche die Bühne des Kampfes betreten, werden die Machtverhältnisse in Frage gestellt. Der nächste Schritt wäre die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft selbst zu übernehmen. Das ist praktisch naheliegend, da die Arbeiter*innen es ja bisher getan haben, nur für andere. Und genau das passiert

auch in revolutionären Situationen – doch die Übernahme der Kontrolle und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch jene, die die Arbeit tatsächlich machen, trifft auf brutalen Widerstand durch die Herrschenden.

Eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft wird nur international funktionieren, da durch Arbeitsteilung und Lieferketten der Kapitalismus weltweit zusammenhängt: Z.B. lassen H&M und andere Marken in den Fabriken der Militärs in Myanmar produzieren. Doch die einzige soziale Kraft in der Gesellschaft mit der Macht, dem Gewicht, dem Zusammenhalt und der Organisation, die nicht nur Fortschritt, sondern die Befreiung aller erreichen kann, ist die Arbeiter*innenklasse „für sich“.

Um diese Analyse, die Idee des Sozialismus (also einer demokratischen selbst verwalteten Gesellschaft) und die Lehren aus vergangenen Bewegungen unter Arbeiter*innen, deren Großteil sich ihrer Klassenzugehörigkeit (noch) gar nicht bewusst ist, zu verbreiten und diese Kämpfe dann auch zu führen, braucht es eine sozialistische Organisation und diese weltweit.

Jan Millonig

Nur die Arbeiter*innenklasse hat heute Notwendigkeit & Möglichkeit, Trägerin revolutionärer Veränderung zu sein.

wendigkeit eines “revolutionären Subjekts”, das zur Trägerin der Veränderung wird, verloren. Zwar stieg in den letzten 20 Jahren das Verständnis wieder, dass Veränderung erkämpft werden muss, aber wer das machen kann, dafür gab es verschiedene Ansätze: Die Jugend, die Urban Poor, die Frauen, die Indigenen, die Landlosen, die nationalen Befreiungsbewegungen... Ihnen allen ist gemein, dass sie sich gegen Ungerechtigkeiten wehren. Sie alle sind Teil, aber nicht alleinige Träger*innen gesellschaftlicher Veränderungen.

Die offensichtlichste Stärke der Arbeiter*innenklasse gegenüber dem Kapital,

Nischen im Kapitalismus suchen.

Denn Arbeiter*innen brauchen höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten usw. und die Bosse das genaue Gegenteil. Dieser andauernde Klassenkampf führt die Arbeiter*innenklasse automatisch in eine Auseinandersetzung auch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Dieser systemimmanente Konflikt kann nur durch die Überwindung von Ausbeutung und damit des Kapitalismus an sich aufgelöst werden. Nur wenn Arbeiter*innen die Wirtschaft selbst übernehmen, können sie die Rahmen-

ihr nicht gehören). Wenn die Arbeiter*innen entscheiden, nicht mehr zu produzieren, werden keine Profite gemacht. So treffen wir die Herrschenden am empfindlichsten. Deshalb sind Streiks das effektivste Mittel, um Angriffe zurückzuschlagen und der Ansatzpunkt für eine Arbeiter*innenklasse, die die Macht in Wirtschaft und Gesellschaft übernimmt.

Das gilt auch z.B. für den Kampf gegen Sexismus: Es hat in den letzten Jahren mehrere Streiks gegen sexuelle Belästigung gegeben, wie etwa bei Google, McDonald's oder jüngst in einem Mercedes-Werk im Baskenland. So auch 2019 in einer Mine in Südafri-

Welche Partei wir brauchen...

Für viele, vor allem junge Menschen, ist der Partei-begriff negativ besetzt (siehe rechts). Eine Abkehr von "der Partei" ist aber nicht der Grund für die Umbenennung der Sozialistischen LinksPartei (SLP) in Internationale Sozialistische Alternative (ISA). Vielmehr halten wir es gerade angesichts der aktuellen Krisen für nötig, eine solche aufzubauen. Der Charakter dieser muss sich dabei aber radikal von dem, was die bürgerlichen Parteien machen, unterscheiden: Arbeiter*innen und Jugendliche sind am stärksten von den Krisen des aktuellen Systems betroffen und brauchen eine echte Alternative. Wir bauen eine Organisation auf, die das Ziel hat, diese zu erkämpfen, die in Protesten und Streiks Partei ergreift für ein Programm & eine Strategie, die diese zum Sieg führen können und die nicht Sachzwängen nachgibt, von Korruption zerfressen wird oder unter Druck von Banken und Konzernen einknickt.

Dazu verlassen wir uns nicht auf Versprechen oder die Prinzipienfestigkeit einzelner, sondern auf demokratische Strukturen ohne Privilegien sowie mit ständiger Wahl- und Abwählbarkeit, unabhängige Finanzen und Mitglieder, die diskutieren, sich schulen und kritisch hin-

terfragen. Bei uns sind Jugendliche kein Aushängeschild, sondern gleichberechtigte Aktivist*innen. Wir bündeln unsere Kräfte, beschließen politische Prioritäten und nächste Schritte, um die Organisation schlagkräftig zu machen. Wir orientieren uns auf die Arbeiter*innenklasse, die die Macht hat, die Gesellschaft zu verändern (siehe Schwerpunkt). In Österreich spielen wir eine wichtige Rolle in Kämpfen gegen Diskriminierung, in Arbeitskämpfen (siehe S. 4) und in diversen anderen Protesten und versuchen, diese im Kampf für eine bessere Gesellschaft zusammenzuführen.

Aber wir bleiben damit nicht auf nationaler Ebene stehen, sondern sehen uns als Weltpartei. Darum sind wir auch "nur" die österreichische Sektion einer Internationalen mit Gruppen in über 30 Ländern weltweit. Diese Weltpartei ist das Werkzeug, um international voneinander zu lernen und effektiv zusammenzuarbeiten: Sei es gegen Repression in China und Hongkong oder gegen die Klimakrise. Werde mit uns aktiv im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für echte Verbesserungen und eine sozialistische Welt.

Internationale Stärke und internationale Überzeugung

Mein Name ist Jan Wottawa, ich bin 22 Jahre alt und studiere momentan Japanologie und Sprachwissenschaften. Meine Miete zahle ich durch einen Nebenjob bei der Veganen Gesellschaft Österreich, bei der ich plane, nach dem Studium eine Vollzeitstelle zu übernehmen. Ich wohne schon mein Leben lang in Wien. Durch verschiedenste Umstände habe ich schon in den verschied-

densten Ecken der Stadt gewohnt.

Als Student wollte ich mich für sozialistische Werte aktiv machen und habe mich über verschiedenste Gruppen informiert und einige Treffen besucht. Die ISA ist für mich aus zwei Gründen besonders: "Buntheit" der Menschen (vor allem bei ROSA) und die internationale Organisation. Von dieser habe ich am Sommercamp einen Vorgeschmack be-



... und welche nicht

Krisen, Pandemie und ein neuer kalter Krieg: Die Probleme werden immer brisanter und Erholung ist

den Futtertrögen der Macht zu verteilen und die Taschen vollzuschaukeln, bis sie den Posten verlieren oder

frustriert sind, nicht wählen gehen und nichts mit Parteien zu tun haben wollen. Politiker*innen werden oft nur als abgehobene Karrierist*innen und Lobbyist*innen wahrgenommen, die Profitinteressen durchsetzen. Gleichzeitig stellt eine ganze junge Generation offensiv Forderungen auf, wird aktiv für Verbesserungen und weist damit den Weg zu einer Alternative zu abgehobenen, korrupten und undemokratischen bürgerlichen Parteien. Eine echte Perspektive ist nur durch einen Systemwandel möglich – dazu braucht es eine radikal andere Partei (siehe links).

**beide Artikel
Moritz Bauer**

Gerade Jugendliche sind von Parteien frustriert – es braucht eine echte, sozialistische Alternative!

keine echte in Sicht. Gerade für junge Menschen ist klar: Die etablierten Parteien nehmen die Probleme bestenfalls nicht ernst, meist befeuern sie sie aber zusätzlich – spätestens, sobald man sie an Taten und nicht an Worten misst. Tatsächlich scheint es den Politiker*innen nur darum zu gehen, sich strategisch an

die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft anknüpft. Danach ziehen sie sich in einen Beratungs- oder Aufsichtsratsposten zurück und werden von denen versorgt, deren Interessen sie in ihrer politischen Laufbahn vertreten haben.

Kein Wunder also, dass gerade Jugendliche von der bürgerlichen Demokratie

Genosse des Monats



Nach 10 Jahren und rund 100 unter seiner Ägide erschienenen Ausgaben des „Vorwärts“ geht unser Layouter Alex Svojtko in den verdienten Ruhestand. Ohne ihn, seine professionelle Erfahrung im Layout, aber auch seine spitze Feder in Artikeln, wäre das „Vorwärts“ nicht die Zeitung, die es ist. Wir danken dir für alles, Alex!

Jan Wottawa



Berlin: Streik im Krankenhaus wirkt!

Schon lange vor der corona-bedingten Zusatzbelastung war vielen Beschäftigten im Gesundheitsbereich klar, dass sie ihre Arbeit unter den derzeit herrschenden Bedingungen kaum durchführen können. Personalabbau, unendliche Überstunden, Mängel bei Equipment und Hygiene und daraus folgende Gefahren – das, und noch

ein Belastungsausgleich bei Unterbesetzung und bessere Ausbildungsangebote gefordert. Für Personen, die bei den Tochterunternehmen von Vivantes beschäftigt sind, wird außerdem die Bezahlung nach TVöD (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst) verlangt, um effektiv gegen Niedriglöhne vorgehen zu können.

rechtsbeschluss wieder aufgehoben.

Durch solche Einschüchterungsversuche wurde die Stimmung nur weiter aufgeheizt, wie sich spätestens in der Urabstimmung der Gewerkschaft ver.di zeigte, welche mit einer Zustimmung von rund 98 % zu unbefristeten Streiks ab dem 9. September führte.

Schon 2015 wurde versucht, Streiks zu verhindern, nur um festzustellen, dass durch die gute Organisation und die große Unterstützung im eigenen Betrieb und von außen, Patient*innen sich teilweise während der Streikbewegung sogar besser versorgt gefühlt haben als davor.

Auch Mitglieder der SAV (Sozialistische Alternative) waren damals Teil der Streikleitung und konnten durch ihre Erfahrungen aus vergangenen Bewegungen einen wichtigen Beitrag dabei leisten, die Anliegen der Kolleg*innen an der Charité einzufordern.

Nicht nur in Deutschland gibt es Streikpotential und -bedarf im Gesundheitssektor, auch in vielen anderen Ländern gewinnen ähnliche Initiativen immer mehr Mitstreiter*innen. Momentan sehen wir in Österreich die Anzeichen einer Welle von Kämpfen im Gesundheits- und Sozialbereich. Anfang November gab es erste Proteste von Ärzt*innen und Pflegepersonal – eine Demonstration mit 4.000 Teilnehmer*innen am 9.11. und einen Tag darauf österreichweite symbolische Aktionen, bei denen viele Angestellte um „5 nach 12“ kurzfristig die Arbeit

niederlegten. Dies ist einer der größten Pflegeproteste hierzulande seit Jahren und zeigt, wie viel Potential vorhanden ist und dass sich die betroffenen Menschen organisieren wollen und werden. Die Reaktionen auf die Fragen nach Streik waren durch die Bank positiv und machen

Doch was braucht es, um endlich wirkliche Verbesserungen zu schaffen? Die Forderungen müssen sich ausweiten auf eine komplette Umstrukturierung. Nur ein Gesundheitssystem in öffentlicher Hand, ohne externe Profitinteressen kann wirklich sinnvolle Dinge für Patient*innen und Angestellte in Angriff nehmen. Den Fokus auf das Gesundheitssystem alleine zu halten, ist heutzutage allerdings kaum noch möglich, es wird immer wichtiger, die Kräfte für Veränderungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu verknüpfen und zu erkennen, wie sich die Arbeitskämpfe gegenseitig stützen, um noch mehr kämpferisches Potential, aber auch ökonomische Kraft gegen die Machthabenden einsetzen zu können.

Severin Berger
sozialismus.info

Nicht der Streik, sondern der Normalzustand gefährdet die Patient*innen!

viel mehr, steht für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen auf der Tagesordnung. Gerade mit der Pandemie sollte es daher nicht erstaunlich sein, dass Widerstand gegen diese Umstände aufkommt, so wie dieses Jahr in Deutschland im Zuge der Berliner Krankenhausbewegung.

Beschäftigte von Deutschlands größtem Lehrkrankenhaus Charité bzw. den Vivantes-Spitälern sowie von Vivantes-Tochterunternehmen starteten im Frühjahr diese Bewegung mit konkreten Zielen für Verbesserungen. Es soll durch einen verbindlichen Personalschlüssel zu einer Entlastung der Beschäftigten kommen, zusätzlich wird auch

All diese Punkte wurden von Vertreter*innen der Initiative am 12. Mai, dem Tag der Pflege, in Form einer Petition mit 8.397 Unterschriften von betroffenen Kolleg*innen an die Klinikleitungen und den Berliner Senat übergeben. Zeitgleich mit dieser Übergabe wurde auch ein 100-Tage Ultimatum gesetzt, um die rot-rot-grüne Berliner Politik endlich in Zugzwang zu bringen.

Statt den Forderungen der Kolleg*innen jedoch nachzukommen, versuchte Vivantes, die angekündigten Warnstreiks am Ende des Ultimatums mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung zu unterbinden – dieses Streikverbot wurde jedoch bereits kurz darauf durch einen Ge-

Diese Streiks dauerten dann an der Charité bis zum 7. Oktober und bei Vivantes bis zum 12. Oktober an – beendet wurden sie jeweils durch die Unterzeichnung von Eckpunktepapieren, auf deren Grundlage dann bis zum 15. Dezember Tarifverträge ausgehandelt werden sollen.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Streiken wirkt! Sogar an Krankenhäusern! Auch 2015 gab es an der Charité erfolgreiche Tarifvertragsabschlüsse in Folge einer großen Streikbewegung, und auch damals zeigten sich viele Beschäftigte um einiges kämpferischer als es sowohl Unternehmen wie auch Politik und Gewerkschaft erwartet hätten.

Die Rückkehr der leeren Regale?

Klopapier gibt es zwar genug, trotzdem rechnen viele Einzelhandelsunternehmen mit Lieferengpässen bis Mitte 2022. In Österreich sind 75% aller Unternehmen von Lieferproblemen betroffen. Besonders Einschnitte gibt es vor allem bei technisch-mechanischen Produkten – Stellantis unterbricht die Auto-Produktion wegen fehlender Chips in Wien-Aspern –, Möbeln und Spielzeug.

Regionen und Wirtschaftssektoren haben sich seit Beginn der Pandemie unterschiedlich schnell erholt. Vor allem die strengstens durchgeplante Container-Logistik ist am stärksten betroffen; Container stecken fest und fehlen woanders. Die Globalisierung, die einst Ausdruck des "fortschrittlichen" Neoliberalismus war, steht sich nun selbst im Weg. Durch Verlagern von Transport und Produktion in Billiglohnländer sollten Kosten gedrückt werden und die Profitrate pro Stück so hoch wie möglich geschraubt werden. Mit "just-in-time" Produktion wurden Kosten für Lagerkapazitäten eingespart; das globale Transportwesen war stabil genug, um hier Kosten für "Puffer" einzusparen.

Protektionismus, verschärftem inter-imperialistischen Wettkampf und Rückzug auf die "heimische" / "nationale" Wirtschaft hat bereits vor Corona begonnen. Die unmittelbaren Gründe: Logistisches Chaos, lange Wartezeiten, ineffiziente Produktionsprozesse im Kapitalismus, Personal-mangel (beginnend mit der Logistikbranche), erhöhte Zölle und internationale Spannungen im kalten Handelskrieg. Letzterer wirkt sich besonders auf die Kosten von Energieträgern wie Erdöl (+80%), Erdgas (+500%) aber auch Strom aus. Die Pandemie gießt hier nur teurer werdendes Öl ins Feuer: Kollapse von Häfen und Fabriken durch Corona-Infektionen, Personal-mangel im Handel selbst. Der globale Kapitalismus versucht, mit dieser Verschiebung in der Produktion dem Sinken der Profitabilität entgegenzuwirken und die "Trägheit" von internationalen Lieferketten zu umgehen. Die verzweifelte Suche nach schwindenden Profiten und härterer Imperialismus werden dann als "modern" und "effizient" verkauft. Bestenfalls kann so nur die nächste Krise hinausgezögert werden.

beide Artikel von
Stefan Brandl



Foto: Zdeněk Fiedler, CC BY-SA 4.0

Nearshoring: Regional statt Global?

Der Welthandel ist aus kapitalistischer Sicht zunehmend unsicher. Lieferprobleme, Zölle und Machtkämpfe sind Risikofaktoren und so

in Asien der Pazifik und Polynisien.

Die regionalen Imperialismen verstärken ihre Kontrolle über ökonomisch

in Montenegro hin: Finanziert über Kredite der Hypo Alpe-Adria, nach dem Konkurs wurden die Schulden verstaatlicht.

Als quasi Statthalter war das Amt des Hohen Repräsentanten in Bosnien bis vor kurzem in österreichischer Hand und militärisch hat die Region Priorität fürs Bundesheer. Dort geraten verschiedene Imperialismen unausweichlich aneinander: China will die "Belt and Road"-Initiative über den Balkan nach Europa bringen, Russland will den Balkan als Puffer gegen den EU-Block einsetzen. Das Zurückhalten von Lieferungen oder Kontrollieren von Häfen ist nur das Vorspiel zu Konflikten, bei denen das österreichische Kapital nicht außen vor bleiben kann.

Auch im kleinen Rahmen können die Widersprüche des globalen Kapitalismus nicht gelöst werden.

wird versucht, das Spiel regional fortzusetzen (= "Nearshoring"): Abhängigkeitsketten sollen verkürzt werden, die Produktion wird heim bzw. ins "nächstbeste" Ausland mit niedrigerem Lohnniveau verlegt: In Europa ist das v.a. der Balkan (vor allem IT und Software), in den Amerikas Südamerika,

schwächere Nachbarländer, erhöhen den Druck auf Regierungen oder versuchen, diese durch Handelsverträge direkt zu kontrollieren. Österreich vergrößert seinen Einfluss vor allem am Balkan im Bau- und Bankenwesen weiter. Der Leak der Pandora-Papers weist auf das Tourismusprojekt "Bigova Bay"

Polen/Belarus: Flüchtlingsdrama

Grausame Szenen spielen sich an der Grenze zwischen Belarus und Polen ab. Menschen auf der Flucht vor Hunger, Elend, Verfolgung und Krieg sind genau damit mitten in Europa konfrontiert. Zusätzlich dienen sie den rechten Eliten auf beiden Seiten der Grenze für Propaganda und als Ablenkungsmanöver von den innenpolitischen Brennpunkten. Die Antworten auf die Fragen, die sich in diesem Konflikt stellen, sind we-

der einfach noch schnell gegeben. Die ISA macht in ihrer Erklärung, die von ISA-Mitgliedern aus Polen, Belarus, Syrien und Russland gemeinsam erstellt worden ist, eine Reihe von Vorschlägen. Die imperialistischen Mächte wie Russland, USA und die EU versuchen ihre Interessen zu sichern und verschlimmern durch Sanktionen die Situation der Bevölkerung sowohl hier wie dort. Außerdem ist ihre Politik der letzten Jahrzehnte

der Grund, der Menschen in die Flucht zwingt. Dem ganzen Horrorszenario ein Ende setzen kann nur die internationale Arbeiter*innenklasse, die den imperialistischen Mächten ebenso wie den autoritären Eliten den Kampf ansagt. Wir fordern u.a. den Rückzug der Grenztruppen und der Polizei von beiden Seiten der Grenze und die Aufhebung der Sperrzone.

socializmxxi.nazwa.pl
socialist.news

Quebec: Sozialistin tritt an

Rosalie Bélanger-Rioux von Socialist Alternative (ISA in Quebec) kandidierte bei den Gemeinderatswahlen am 9.11. in Montreal, Quebec. Der Stichtag war der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne rund um das Recht auf leistbaren Wohnraum, die lange vor dem Wahlkampf begonnen hat. Die Socialist Alternative griff die Bedürfnisse der Mieter*innen auf und organisierte Aktionen in der Nachbarschaft. Das war u. a. der

Grund für das gute Wahlergebnis von 1.050 Stimmen und ein deutliches Zeichen für die Akzeptanz von sozialistischer Politik. Die Organisation in der Nachbarschaft ist weit wichtiger als das Wahlergebnis selbst, denn nur so können wir Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben und für Verbesserungen kämpfen.

<https://alternativesocialiste.org/>
<https://socialistalternative.ca/>



Vor 55 Jahren formierte sich die „Black Panther Party for self defence“ (BPP) in Oakland, Kalifornien. Gerade angesichts von Black Lives Matters macht es Sinn, sich mit den Panthers auseinanderzusetzen.

Der Beginn der Bürgerrechtsbewegung in den 1950er Jahren stellte den An-

sichten. 1967 betonte er: „Wir sind in eine Ära eingetreten, die eine Ära der Revolution sein muss (...) was nutzen einem Mann gemischte Speiselokale, wenn er sich keinen Hamburger leisten kann?“

Die Black Panthers waren eine Fortsetzung dieser Entwicklung. Sie sahen sich als

pen aus der weißen oder Latino Community. Ihr Ansatz war: Wir bekämpfen Kapitalismus nicht mit schwarzem Kapitalismus, sondern mit Sozialismus. Ihr 10-Punkte Programm mit dem Titel „Was wir wollen und was wir glauben“ hielt konkrete Forderungen fest. Dabei ging es unter anderem um mehr

community work“, die beispielsweise darin bestand, in armen schwarzen Vierteln kostenlose Essens-, Kleidungs- und medizinische Versorgung zu organisieren. Dabei betonten die Panthers stets die Notwendigkeit der Selbstorganisation.

Aber der Fokus ihrer Aktivität zeigt auch die Schwächen der Panthers. Während man sich in Community Work und Auseinandersetzungen mit der Polizei aufgerieben hat, gab es gleichzeitig kaum konkrete Arbeit mit und für die Arbeiter*innen in den Betrieben bzw. gewerkschaftliche Arbeit. Aber gerade in Betrieben haben Arbeiter*innen die größte Kampfkraft und können auch im gemeinsamen Kampf rassistische Vorurteile am schnellsten überwinden und echte Verbesserungen erkämpfen.

Huey P. Newton, einer der Gründer der Panthers, reflektierte in einem späteren Interview: „Wir wurden als eine militärische Eingreiftruppe gesehen, die außerhalb der Strukturen der schwarzen Bevölkerung operierte und die zu radikal erschien, um sich ihr anzuschließen. Wir sahen uns selbst als die revolutionäre Avantgarde und hatten nicht wirklich verstanden, dass nur die Menschen selbst die Re-

volution machen können. Die Menschen folgten unserem Beispiel nicht, die Waffe in die Hand zu nehmen.“

Diese Orientierung erleichterte es dem US-Staat auch, die Panthers zu isolieren und anzugreifen. Sie waren massiver Repression ausgesetzt. Der FBI-Chef sah sie als „die größte Bedrohung für die Sicherheit in den USA“ und der US-Staat tat alles dafür, die Bewegung zu zerschlagen. Sie infiltrierten die Bewegung mit Spitzeln und dem Geheimdienst und ließen wahllos Aktivist*innen verhaften und ermorden.

Insgesamt ist der sozialistische Anspruch, die Verbindung von Rassismus und sozialen Fragen, der gemeinsame Kampf mit anderen Communities, die Selbstorganisation und der Aufbau einer antirassistischen Bewegung unabhängig vom Establishment etwas, was die antirassistische Bewegung noch heute von den Panthers lernen kann. Aber gleichzeitig zeigt die Geschichte der Panthers auch, wie wichtig eine Orientierung auf die betriebliche Macht der Arbeiter*innenklasse ist, die einzige Kraft, die stark genug ist, die Gesellschaft tatsächlich nachhaltig zu verändern.

Die Panthers zeigen: Der Kampf gegen Rassismus braucht Antikapitalismus und die Arbeiter*innenklasse

fang einer Phase des Umbruchs dar. Der 2. Weltkrieg war vorbei und unzählige Soldat*innen, darunter viele Schwarze, waren gefallen. Während die USA ihre Kriegsbeteiligung mit dem Kampf gegen Faschismus begründeten, strotzten sie selbst von staatlichem Rassismus gegen die eigene Bevölkerung. Dazu kam, dass der Wirtschaftsaufschwung nach 1945 die Kluft zwischen weißer Mittelschicht und schwarzer Bevölkerung vergrößerte. Als 1965 das Bürgerrechtsgesetz auf dem Papier die Gleichstellung von Weißen und Schwarzen festhielt, wurde schnell klar, dass das nichts an Armut und Polizeibrutalität änderte. Selbst Martin Luther King, der zuvor oft einen pazifistischen Weg und Kompromisse mit der Demokratischen Partei unterstützte, änderte seine An-

sozialistische, revolutionäre Bewegung für schwarze Afroamerikaner*innen. Zunächst bestand ihre Taktik vor allem darin, ihr verfassungsmäßiges Recht auf Bewaffnung wahrzunehmen, Polizeikontrollen zu überwachen und rassistische Übergriffe zu verhindern. Innerhalb weniger Jahre wuchsen sie zu einer Organisation mit tausenden Mitgliedern (ihre Wochenzeitung verkaufte ca. 125.000 Stück pro Woche). Frauen waren ein wichtiger Teil der Bewegung. Laut einer Umfrage im Jahre 1969 waren ca. 60% der Mitglieder weiblich, viele in führenden Positionen. Die BPP verfolgte von Anfang an eine Politik der Geschlechtergleichstellung. Außerdem lehnten die Panthers den Separatismus der „kulturellen Nationalisten“ ab und suchten die Zusammenarbeit mit Grup-

pen und bessere Arbeitsplätze, leistbaren Wohnraum, das Recht auf Bildung für alle und weitere soziale Forderungen.

Eine der größten Stärken war die Suche nach einer klassenorientierten statt einer auf Hautfarbe basierenden Lösung. Bobby Seales, ein Mitbegründer der BPP, sagte dazu: „Diejenigen, die den Kampf mit ethnischen Unterschieden verschleiern wollen, sind diejenigen, die die Ausbeutung der Massen unterstützen und aufrechterhalten. Wir brauchen Einigkeit, um die Klasse der Bosse zu besiegen – jeder Streik zeigt das. Das Banner jeder Arbeiter*innenorganisation verkündet: Einigkeit ist Stärke.“

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit bestand aus „com-

Cassius Marcellus Clay alias Muhammad Ali

Am 17. Jänner wäre Muhammad Ali 80 Jahre alt geworden. Er wurde nicht nur durch seinen tänzelnden Boxstil, sondern auch seine politische Einstellung be-

**Es geschah vor
80**

Jahren...

kannt. Diese war geprägt von der rassistischen Unterdrückung der Afroamerikaner*innen. Am bekanntesten dürfte seine Weigerung, für einen imperialistischen und rassistischen Staat Militärdienst abzuleisten und nach Vietnam zu

gehen, sein. Dafür wurde Ali mit der Aberkennung seiner Titel und einem Kampfverbot bestraft. In der Folge galt er – besonders rund um den Kampf gegen George Foreman 1974 – als Symbol des schwarzen und gegen "das weiße" Amerika.

1964 trat Cassius Clay, nun Muhammad Ali der "Nation of Islam" bei und teilte deren Ideologie einer schwarzen Vorherrschaft bzw. Separation. Von seiner ersten Frau trennte er sich, weil sie nicht islamisch genug war. Beim Kampf 1974 in Kinshasa verhalf er dem Diktator Zaires (heute Demokratische Republik Kongo) Mobutu zu weltweiter Popularität. Die-

ser war allerdings ein korrupter Massenmörder und wichtiger Verbündeter des US-Imperialismus und lieferte wichtige Rohstoffe für den Vietnamkrieg. Grund dafür war, dass Ali ideologisch und (später) auch ökonomisch fest im Kapitalismus verankert war. Einen Zusammenhang zwischen Klassenunterdrückung und Rassismus sah er nicht. Ganz anders sahen das Aktivist*innen der schwarzen Befreiungsbewegung wie Angela Davis, Malcom X oder die Black Panthers, die sich in Richtung sozialistischer Analyse entwickelten.

Lukas Kastner

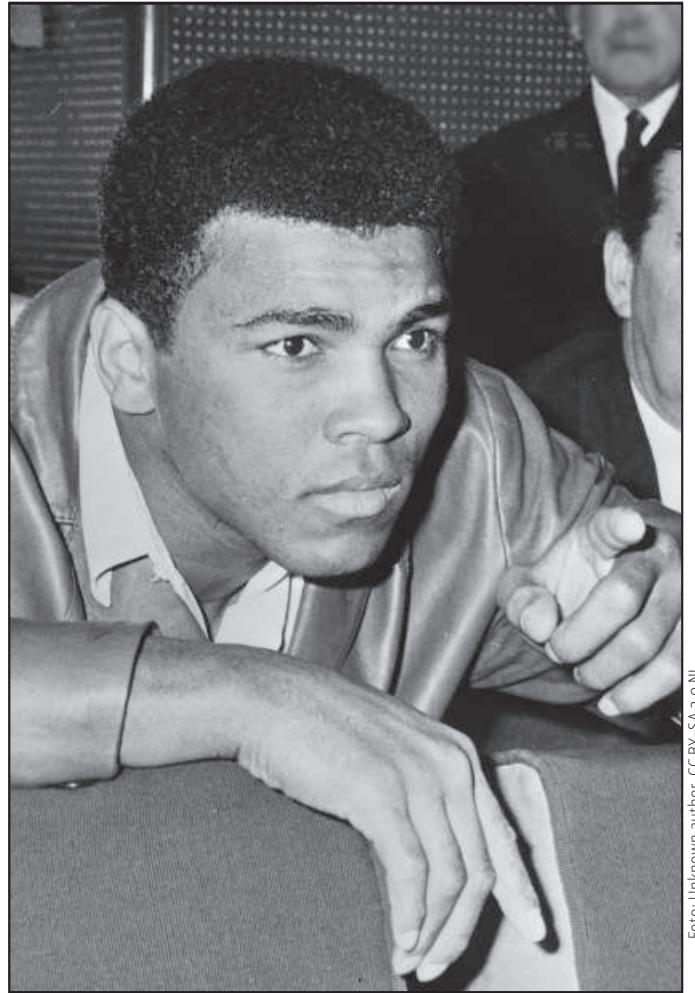


Foto: Unknown author, CCBY-SA 3.0 NL

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

